

Allgemeiner Teil

Grosser Rat

Kurzprotokoll der Dezembersession 2007

Übersicht

Am Montag und am Dienstag, dem 3. und dem 4. Dezember 2007, fand unter dem Vorsitz von Heidy Lang-Iten, Ermensee, eine Session des Grossen Rates statt. Der zweite Sitzungstag wurde mit einem ökumenischen Gottesdienst eröffnet.

Hauptgeschäfte der Session waren die Änderung des Gesetzes über die Gerichtsorganisation und weiterer Erlassänderungen im Zusammenhang mit den Erneuerungswahlen, das Gesetz über die Aufhebung der Realkorporationsgemeinde Hochdorf und das Gesetz über die Vereinigung der Einwohnergemeinden Beromünster und Gunzwil. Der Gesetzesänderung und der weiteren Erlassänderungen sowie den beiden Gesetzen stimmt der Grosse Rat jeweils nach 2. Beratung zu. Weiter beschloss der Grosse Rat mit Dekret den Beitritt des Kantons Luzern zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule.

Mit Grossratsbeschluss genehmigte der Grosse Rat die Abrechnung über den Neubau der Frauenklinik am Kantonsspital Luzern und wies fünf Sachgeschäfte ständigen Kommissionen zur Vorberatung zu. Weiter nahm der Rat vom Beschluss des Regierungsrates über die Erledigterklärung der Initiative «Ja zur Familie» (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 46 vom 17. November 2007, S. 3139) Kenntnis.

Der Rat behandelte neben den Sachgeschäften 35 parlamentarische Vorstösse. Die für acht Vorstösse beantragte dringliche Behandlung wurde für fünf beschlossen und durchgeführt, für die anderen abgelehnt. Zwei Urheber von Vorstössen, die zur dringlichen Behandlung beantragt wurden, verzichteten vor der Beratung auf die Dringlichkeit. Eröffnet wurde der Eingang von 33 parlamentarischen Vorstössen.

Alle traktandierten Geschäfte konnten behandelt werden.

Rechtsetzung

Gesetz über die Aufhebung der Realkorporationsgemeinde Hochdorf. Der Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der Realkorporationsgemeinde Hochdorf gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 15. Mai 2007 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 23 vom 9. Juni 2007, S. 1623) wurde in 2. Beratung behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Guido Müller, Honau) und mit 91 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Die Aufhebung stützt sich auf das Gesuch der Realkorporationsgemeinde Hochdorf, welches durch den Korporationsrat eingereicht wurde. Das Datum des Inkrafttretens bestimmt der Grosse Rat. Der Beschluss (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 49 vom 8. Dezember 2007, S. 3411) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 6. Februar 2008.

Gesetz über die Vereinigung der Einwohnergemeinden Beromünster und Gunzwil.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Vereinigung der Einwohnergemeinden Beromünster und Gunzwil gemäss der Vorlage des Regierungsrates vom 21. August 2007 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 38 vom 22. September 2007, S. 2573) wurde in 2. Beratung behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Guido Müller, Honau) und mit 91 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Die Gemeinden Beromünster und Gunzwil haben am 17. Juni 2007 in getrennten Urnenabstimmungen den Vertrag über die Vereinigung der Gemeinden genehmigt und damit der Vereinigung der Einwohnergemeinden zugestimmt. Das Gesetz tritt am 1. Januar 2009 in Kraft. Der Beschluss (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 49 vom 8. Dezember 2007, S. 3410) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist; 6. Februar 2008.

Gesetz über die Gerichtsorganisation.

Der Entwurf einer Änderung des Gesetzes über die Gerichtsorganisation und weiterer Erlassänderungen im Zusammenhang mit den Erneuerungswahlen der Richterinnen und Richter der erstinstanzlichen Gerichte, der Strafverfolgungsbehörden und weiterer Personen im Justizbereich in den Jahren 2008 und 2009 gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 7. September 2007 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 40 vom 6. Oktober 2007, S. 2692) wurde in 2. Beratung behandelt (Kommission Justiz und Sicherheit unter dem Vorsitz von Thomas Willi, Emmen) und mit 89 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Mit der Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung hat der Kanton Luzern neu das Staatsanwaltschaftsmodell zu übernehmen. Die Funktionen der Amtsstatthalterinnen und Amtsstatthalter sowie der kantonalen Untersuchungsrichterinnen und -richter werden daher auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Bundesstrafprozessordnung aufgehoben und Personen in die bestehenden Funktionen bei den Erneuerungswahlen in den Jahren 2008 und 2009 grundsätzlich lediglich für die Zeit bis zum Inkrafttreten der neuen schweizerischen Prozessordnungen, längstens aber für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt. Die Gesetzesänderung (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 49 vom 8. Dezember 2007, S. 3413) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 6. Februar 2008.

Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule.

Der Entwurf eines Dekrets über den Beitritt des Kantons Luzern zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule («HarmoS-Konkordat») gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 18. September 2007 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 44 vom 3. November 2007, S. 2997) wurde behandelt (Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Angela Pfäffli-Oswald, Grosswangen) und mit 71 gegen 34 Stimmen gutgeheissen. Die Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule ist ein rechtsetzender Vertrag zwischen den Kantonen, welcher sie verpflichtet, wichtige Eckwerte im Bildungsbereich der obligatorischen Schule national einheitlich zu regeln. Mit der Interkantonalen Vereinbarung werden die Dauer und die Ziele der Bildungsstufen sowie deren Übergänge national vereinheitlicht. Gleichzeitig werden die bisherigen nationalen Lösungen bezüglich Schuleintrittsalter und Schulpflicht aktualisiert. Im Kanton Luzern werden mehrere der im HarmoS-Konkordat geregelten

Neuerungen bereits im Rahmen von Schulentwicklungsprojekten erprobt. Die Interkantonale Vereinbarung tritt in Kraft, wenn ihr mindestens zehn Kantone beigetreten sind. Das Dekret über den Beitritt des Kantons Luzern zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 49 vom 8. Dezember 2007, S. 3417) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 6. Februar 2008.

Finanzvorlage

Abrechnung über den Neubau der Frauenklinik am Kantonsspital Luzern. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Genehmigung der Abrechnung über den Neubau der Frauenklinik am Kantonsspital Luzern gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 18. September 2007 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 42 vom 20. Oktober 2007, S. 2820) wurde behandelt (Kommission Bau und Verkehr unter dem Vorsitz von Pius Zängerle) und gutgeheissen. Für das Bauvorhaben war vom Grossen Rat ein Sonderkredit von 56,64 Millionen Franken bewilligt worden. Die Arbeiten wurden unter der Berücksichtigung der Teuerung um rund 182 000 Franken unterschritten.

Wahlen

Kantonsrat. Für das Jahr 2008 wurden gewählt:

- zum Kantonsratspräsidenten Sepp Furrer, Malters,
- zum Vizepräsidenten des Kantonsrates Adrian Borgula, Luzern,
- zur Stimmzählerin Nadia Britschgi, Ballwil,
- zu Stimmzählern Markus Gehrig, Luzern, und Toni Zimmermann, Weggis,
- zur Stimmzähler-Stellvertreterin Lotti Stadelmann Eggenschwiler, Ruswil,
- zum Stimmzähler-Stellvertreter Peter Lerch, Emmen.

Regierungsrat. Für das Jahr 2008 wurden gewählt:

- Zum Regierungspräsidenten Regierungsrat Markus Dürr, Malters, Vorsteher des Gesundheits- und Sozialdepartementes,
- Zum Vizepräsidenten des Regierungsrates Regierungsrat Max Pfister, Nebikon, Vorsteher des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartementes.

Kriminalgericht. Für den Rest der Amtsdauer 2005–2009 wurde gewählt:

- Felix Schürch, Sursee, als Mitglied des Kriminalgerichts.

Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit. An die Stelle der aus dem Rat zurückgetretenen Kommissionspräsidentin Yvette Estermann, Kriens, wählte der Grosse Rat das bisherige Kommissionsmitglied Rolf Hermetschweiler, Luzern, zum Kommissionspräsidenten. Als neues Kommissionsmitglied wählte der Grosse Rat Erhard Kälin, Horw.

Kommission Verkehr und Bau. An die Stelle des aus dem Rat zurückgetretenen Mitglieds Patrick Graf, Kriens, wählte der Grosse Rat Michael Töngi, Kriens, als neues Mitglied der Kommission.

Rücktritt

Grosser Rat. Bekannt gegeben wurde der Rücktritt von Walter Häcki, Luzern, auf den 20. Januar 2008.

Motionen

Abgelehnt wurde die Motion M 66 von Armin Hartmann, Schlierbach, über die Entflechtung der kantonalen und eidgenössischen Wahlen.

Postulate

Erheblich erklärt wurden die Postulate

- von Patrick Graf, Kriens, über gesetzliche Grundlagen für Videoüberwachung (als Motion M 804 eingereicht),
- P 810 von Christian Forster, Büron, über wirtschaftsfreundliche Zahlungsbedingungen im Beschaffungswesen,
- P 839 von Adrian Borgula, Luzern, über die Beschränkung der Werbung in und an öffentlichen Verkehrsmitteln,
- P 909 von Adrian Borgula, Luzern, über eine naturnähere Umgebungsgestaltung bei kantonalen Hoch- und Tiefbauten,
- P 16 von Fredy Zwimpfer, Oberkirch, über das Legislaturprogramm 2007–2011,
- P 33 von Walter Stucki, Emmen, über eine Neuorganisation der Regierungstatthalterämter,
- P 65 von Markus Odermatt, Ballwil, über die Förderung der Ersatzpflanzung von Hochstammobstbäumen zur Erhaltung der Kulturlandschaften,
- von Adrian Bühler, Ballwil, über eine Änderung des Stimmrechtsgesetzes (eingereicht als Motion M 70),
- von Hildegard Meier-Schöpfer, Willisau, über die Berufsschulplanung im Kanton Luzern (als Motion M 89 eingereicht; dringliche Behandlung).

Teilweise erheblich erklärt wurden die Postulate

- P 599 von Peter Beutler, Meggen, über die Unterrichtsverpflichtung von Kantonschullehrpersonen,
- P 630 von Karl M. Ronner, Triengen, über das Angleichen der Verwaltung im BKD an die sinkende Schülerzahl,
- P 760 von Adrian Borgula, Luzern, über den Schutz von Migrantinnen vor häuslicher Gewalt,
- von Josef Ross, Adligenswil, über eine Kurspflicht für Eltern von aggressiven Schülern (als Motion M 31 eingereicht),
- P 36 von Josef Roos, Adligenswil, über einen obligatorischen Schwimmunterricht an den Volksschulen,
- von Moritz Bachmann, Littau, über eine Aufschiebung der Ausdehnung von Ökoflächen (als Motion M 37 eingereicht),
- P 62 von Adrian Borgula, Luzern, über die Überprüfung der Strategie zur Bekämpfung des Feuerbrandes,

- P 90 von Felicitas Zopfi-Gassner, Luzern, über die Erstellung einer Dreifachturnhalle auf der Allmend (dringliche Behandlung).

Abgelehnt wurden die Postulate

- P 1 von Herbert Widmer, Luzern, über eine verständliche Veröffentlichung der Wahlergebnisse nach den Grossratswahlen,
- P 29 von Erwin Dahinden, Schüpfheim, über Massnahmen und Entschädigung von durch das Bakterium *Erwinia amylovora* (Feuerbrand) befallene Pflanzen im Kanton Luzern,
- P 86 von Vroni Thalman-Bieri, Flüfli, über die Festlegungen der Einkommensobergrenze der Prämienverbilligung für das Jahr 2008 (dringliche Behandlung).

Schriftlich beantwortet wurden die Anfragen

- A 782 von Josef Fischer, Triengen, über den Familiennachzug von ausländischen Personen mit Niederlassungsbewilligung,
- A 899 von Adrian Borgula, Luzern, über die Sicherstellung von Realersatzland im Rahmen der vorgesehenen Hochwasserschutzprojekte,
- A 908 von Gerhard Klein, Wauwil, über den Verwaltungsaufwand bei den Schulen,
- A 17 von Marcel Omlin, Rothenburg, über die geplanten Massnahmen zur Verkehrsführung während der Sanierung des Sonnenbergtunnels,
- A 21 von Marcel Omlin, Rothenburg, über die Missstände in der Gemeinde Hasle,
- A 23 von Silvana Beeler-Huber, Luzern, über die zivile Mitbenutzung des Militärflugplatzes Emmen,
- A 28 von Josef Roos, Adligenswil, über psychiatrische Hilfe für Jugendliche,
- A 34 von Josef Roos, Adligenswil, über den Anteil und die Hintergründe der sonderpädagogischen Massnahmen an Schülern,
- A 38 von Erna Müller-Kleeb, Rickenbach, über das Sponsoring von Lehrmitteln,
- A 56 von Josef Dissler, Wolhusen, über Massnahmen für die Abwehr der «Blauohrenkrankheit» bei Schweinen,
- A 61 von Marlis Roos Willi, Geiss, über die Möglichkeit, ein Lob anzubringen,
- A 69 von Bernhard Achermann, Richenthal, über die Rechtmässigkeit, Rechtsgleichheit und Vorgehensweise bei Feldwerbung,
- A 83 von Christian Forster, Büron, über die Terminverzögerungen beim Autobahnanschluss Rothenburg (dringliche Behandlung),
- A 92 von Marcel Omlin, Rothenburg, über die Nationalstrassenprojekte in der Region Luzern.